

Essen, 10. Juni 2009

*Pressemitteilung*

## **EMG schränkt Demonstrationsrecht ein**

### **Öffentlicher Raum wird aus kommerziellen Gründen politikfrei gehalten**

Für die heutige Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Personal und Organisation stellt die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF die Anfrage, wie zukünftig gewährleistet werden kann, dass politische Demonstrationen und Kundgebungen an zentralen Plätzen in der Innenstadt, wie am Willy-Brandt-Platz oder auf der Kettwiger Straße, stattfinden können. Gleichzeitig wendet sie sich in einem Brief an Oberbürgermeister Dr. Reiniger dagegen, dass diese Veranstaltungen zu oft auf Intervention der Essener Marketing GmbH (EMG) an weniger zentralen Plätzen der Innenstadt stattfinden müssen.

Wir zitieren im Folgenden aus dem Brief der Fraktionssprecherin Gabriele Giesecke an Dr. Reiniger:

„Am vergangenen Samstag wollte das antifaschistische „Bündnis gegen Oseberg“ den Willy-Brandt-Platz als Auftaktort für eine Demonstration nutzen. Die Essener Marketing GmbH (EMG) hat auf Nachfrage der Polizei mitgeteilt, dass wegen einer Werbeveranstaltung der Sauerland Tourismus GmbH dort kein Platz dafür wäre. Aus diesen Gründen mussten die Veranstalter der Demonstration auf den weniger zentral gelegenen Hirschlandplatz ausweichen.

Allerdings haben sich die Angaben der EMG im Nachhinein als nicht zutreffend erwiesen. Die Werbeveranstaltung bestand statt einer angekündigten Vielzahl von Hütten aus nur einem Bus, so dass für die Auftaktversammlung der Demonstration mehr als genügend Platz vorhanden gewesen wäre (s. Bild in der Anlage, aufgenommen zum Zeitpunkt des Demonstrationsbeginns). Dieser Vorgang ist leider kein Einzelfall. So meldet die EMG Bedenken wegen einer geplanten Demonstration von Schülerinnen und Schülern am 17. Juni auf dem Willy-Brandt-Platz an. Als Begründung wird die Gourmetmeile angeführt, die allerdings an anderen Stellen der Innenstadt stattfindet.

Auch bei anderen Gelegenheiten wurde die Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Willy-Brandt-Platz und der Kettwiger Straße mit ähnlichen Begründungen untersagt. Damit wird unserer Ansicht nach das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit eingeschränkt, da so öffentlicher Raum einseitig zugunsten kommerzieller Interessen von politischen Veranstaltungen frei gehalten wird.

Wir wenden uns dagegen, dass die EMG mit unhaltbaren Aussagen gegenüber der Polizei dafür sorgt, dass politische Veranstaltungen an nicht zentralen Stellen der Innenstadt stattfinden. Deshalb möchten wir von Ihnen eine Auskunft, wie in Zukunft das Demonstrationsrecht besser gewährleistet werden kann. Politische Veranstaltungen müssen ihren Zweck erfüllen können und dort stattfinden, wo die Bevölkerung sie auch wahrnimmt. Das betrifft insbesondere den Willy-Brandt-Platz und die Kettwiger Straße.“

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung